

RAINER RILLING

# WELCHE POLITISCHE KRISE?

*Die Wahl zum Bundespräsidenten entscheidet bloß über die Verteilung symbolischer Macht. Das ist unbestritten – doch dieser Tage ging es um mehr. Der Akt symbolisiert zugleich eine politische Krise. Aber womit haben wir es hier zu tun? Mit einer Krise der politischen Klasse? Der Parteien? Des Parteienstaates? Gar des Staates? Offenbar geht es nicht nur um eine «Krise der Repräsentation», wie sie für das parlamentarische System seit längerem beobachtet wird, also eine Krise im Verhältnis zwischen Parteien und Regierung auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite. Dafür hat sich ja längst die verharmlosende Rede von der «Politikverdrossenheit» eingebürgert.*

Diese Art der Krise ist schon längst eine essentielle Bewegungsform neoliberaler Politik, wo Distanzierungen gegenüber den Parteien und dem Parlament ausgesessen und systemische Ignoranz als «Politik der ruhigen Hand» verkauft werden. Der liberale Demokratiemodus erlaubt es bekanntlich den Mandatsträgern, sich als Vertreter des ganzen Volkes auch dann für legitimiert zu halten, wenn nur noch ein paar Prozent der WählerInnen für sie stimmen – von realer Repräsentanz also keine Rede mehr sein kann. Es geht also um mehr.

Die interessanteste Krisenpublikation der letzten Zeit war der SPIEGEL vom 14. Juni mit dem Titel «Aufhören!» Die Forderung, ja der Befehl, war raffiniert doppelsinnig: er richtete sich gegen die Querelen in der Regierungskoalition und forderte gleichermaßen auf, diese Koalition zu beenden. Er steht – ähnlich wie die für Gauck votierende ZEIT wenige Tage zuvor, also die andere Hamburger Regierungspublizistik – für Medien, die Politik machen, also mobilisieren. Neben der neuen medialen Aufgeregtheit gibt es auch die Beruhigungsrhetorik zur Konsolidierung der gegenwärtigen Macht, für die eindeutig die FAZ steht. Das Ganze ist medial schon spektakulär neu. Stil, Respekt und Contenance sind dem medialen Umgehen mit dem regierenden politischen Personal im Jahr 2010 offenbar fremder denn je zuvor. Die just bekannt gewordene Umfrage von Allensbach unterstreicht diese neue Distanz mit Verve:

*92 Prozent der Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind von Schwarz-Gelb enttäuscht, zeigt eine repräsentative Umfrage des Allensbach-Instituts für Capital. Mehr als drei Viertel der 530 Befragten – darunter 79 Vorstände von*

*Großkonzernen und 21 Minister und Ministerpräsidenten – halten die Regierung für zu schwach, um die anstehenden Probleme zu meistern. So niedrig waren die Werte zuletzt in der Endphase von Rot-Grün 2004. Die Ergebnisse dokumentieren einen tiefen Riss zwischen der bürgerlichen Koalition und ihrer Klientel. Bei der gleichen Umfrage vor einem Jahr hatte sich noch die große Mehrheit der Topentscheider für eine Regierung von Union und FDP ausgesprochen. Im Dezember – knapp drei Monate nach der Wahl – war dann bereits eine Entfremdung zwischen den Führungskräften und ihrer Wunschkoalition zu erkennen: 63 Prozent gaben damals an, sie seien mit dem Start der Regierung unzufrieden. (Capital 07/2010)*

## MEHR ALS «POLITIKVERDROSSENHEIT»

Es geht nicht um die Krise der Repräsentation, nicht nur um ein krisenbefeuetes Zerbrechen von Vertrauen und Legitimation oder um vorübergehende Unverträglichkeiten im Parteiensystem. Es geht darum, dass der Angriff der Finanzmärkte auf die Politik dort den postdemokratischen Politikhabitus gleichsam staatsstreichähnlich kultiviert hat (via Finanzmarktsicherungsgesetzen und Konjunkturpaketen) und zum anderen sich die Krise der Repräsentation ausdehnt und den Machtblock selbst ergreift. Es kommt zu einer Krise im Verhältnis zwischen den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums und ihrer Regierung. Wir befinden uns nicht in einer Staatskrise, denn noch ist das Vertrauen groß in die Stabilität der staatlichen Verwaltungen und ihres Personals – aber in einer sich rasch ausweitenden tiefen Krise der politischen Regierungsmacht, ein Zersetzungsprozess, der tief aus dem bürgerlichen Lager kommt. Es scheint, dass gerade deswegen der wegen seiner «bürgerlichen» und überparteilichen Ausstrahlung in den Medien gelobte Gauck so starke Zustimmung in der Öffentlichkeit findet. Auch wenn er keineswegs eine politische Alternative zu Wulff darstellt, wirkt er weniger glatt und politikasterhaft. Seine Integrationskraft ist größer, seine die Linke ausgrenzende Haltung wirkt glaubwürdiger.

## DIE LINKE

Und diese «Linke» wurde mit dem Gauck-Manöver lässig in die Ratlosigkeit abserviert. Sie kann in die neue tiefe Unruhe

des bürgerlichen Lagers nicht erfolgreich intervenieren. Sie ist Parlamentspartei – in der Magdeburger Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der ostdeutschen Landesverbände der «Linken» spielte der Protest der Straße überhaupt keine Rolle, obwohl am gleichen Tag immerhin 44.000 («Wir zahlen nicht für Eure Krise!») demonstrierten – und sie hat nicht den Willen, vielleicht ist sie auch nicht in der Lage, den Protest von unten und auf der Straße zu mobilisieren – weil die Straße sich nicht selbst so zu mobilisieren vermag, dass sie zur druckvollen Macht wird. Aus dem Blickwinkel des Massenbewusstseins stellt sie also keine machtvoll und perspektivenreiche, damit praktische Alternative dar. Also gilt sie weithin selbst als Moment des Prozesses der Erosion der Repräsentation und von Seiten der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der links-libertären Milieus gibt es nach wie vor skeptische Distanz.

### **DIE GRÜNEN**

Einzig die Grünen konnten in dieser Konstellation ihre Position weiter ausbauen. Ihr von einem Teil der Mittelklasse getragenes Versprechen, die Ökologie mit herrschender Politik zu verbinden: also Kriegsfähigkeit in der Öffentlichkeit durchzusetzen, die Bereitschaft, den Sozialabbau zu betreiben, die Finanzmarktakteure zu unterstützen, hat sie endgültig kompatibel mit dem Gesamtspektrum des politischen Machtblocks gemacht. Sie nähern sich der 20 Prozent-Grenze und der Überwindung des Status' als Juniorpartner – im Unterschied zur FDP, der das nie gelang. Die in den Krisenanalysen des IfG akzentuierte Option der Grünen, zum politisch substantiellen Hauptrepräsentanten des grünen Kapitalismus zu werden, ist dieser Tage spürbar realistischer geworden. Umso dringlicher, dass die Linke mit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit grünen Konzepten und Strategien eines grünen Kapitalismus beginnt.

### **DIE FDP**

Die FDP konnte kurzzeitig als stark gelten, weil Angehörige des Bürgertums verhindern wollten, dass es zu einer Fortsetzung der Großen Koalition kommen würde und sie das abgeschmolzene Terrain des in der Krise so unerwartet gebeutelten alten Marktradikalismus besetzen konnte. Doch sie war politisch peinsam ungeschickt und verhielt sich als primitive Klientelpartei: Steuersenkung für die Hotellerie, Blockade bei Plänen zur Erhöhung der Steuern, eine feindselige Haltung gegenüber den Gewerkschaften, die sich bei der ruhig moderierten, politisch zentristisch dominierten Bewältigung der Krise als wichtige Kooperationspartner der Regierung und Finanzmarktakteure erwiesen haben. Ihr Kurs war zunehmend weder hegemonie- noch regierungsfähig. Der irrwitzige Rückschwung bei der Unterstützung der FDP führte jedoch keineswegs zu einer erneuten Zustimmung zur CDU.

### **DIE CDU**

Ganz im Gegenteil: die politische Krise der gegenwärtigen politischen Regierungsmacht des Neoliberalismus hat nun auch diese Regierungspartei erreicht. Die Schwächung der FDP war also Vorbote. Augenblicklich gibt es Dissens, Chaotisierung, keine Richtungsstabilität, Lautwerden des Klientelismus, Individualisierung, Verfall der politischen Rhetorik und gegenseitiges Schlechtreden. Die Zahl der Krisenorte der politischen Macht steigt, NRW steht für die Destabilisie-

rung der parteipolitischen Optionen, die ihr Gegenpart in der Klage über die «fehlende Führungsfähigkeit» Merkels hat. Was vorher als ihre Stärke angesehen wurde (Zeitmanagement, Aussitzen) gilt nun als Schwäche, Verlust an Dirigismus. Es gibt keine Merkelpartei, sondern nur eine Merkelmacht und an diese geht es nun. Die ihr zugeschriebene Ostverankerung wird nun erneut zur Schwäche, zur Kultur des westdeutschen Neoliberalismus gehörte sie nie. Die Demontage angeblicher Konkurrenten war in Wirklichkeit die Demontage einer Führungskultur und der personalen Struktur der Richtungsrepräsentanzen in der bürgerlichen Hauptpartei CDU/CSU. Der Abgang Kochs war der eigentliche Startschuss einer Dynamik, die zunächst Beunruhigung, dann Kritik, Desavouierung und endlich Distanzierung eines breiten Elitensektors in der Sache Merkel brachte. Der Kampf um die Bundespräsidentenschaft hat diesen Prozess unerwartet beschleunigt und chaotisiert, im Befehl des rechtsliberalen SPIEGEL hat er jetzt seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden.

*Guido Westerwelle vertrauen die Eliten dagegen immer weniger. Nur noch elf Prozent sind von der Arbeit des FDP-Außenministers überzeugt. Lediglich Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) genießt mit acht Prozent noch weniger Vertrauen. Trotz der Streitereien der Koalitionspartner zeigten die Führungskräfte große Wertschätzung für Finanzminister Wolfgang Schäuble und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU). So bescheinigen 80 Prozent Schäuble eine gute Arbeit, 75 Prozent zeigten Vertrauen in die Arbeitsministerin. Auch das Ansehen von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ist mit 78 Prozent weiter hoch. (Capital 07/2010)*

Innerhalb des regierenden Machtblocks gibt es eine Dynamik der Zersetzung, eine ihn zusammenführende parteipolitische und politikstrategische hegemoniale Kraft ist gegenwärtig nicht sichtbar: Dazu ist offenbar eine weitere Umgewichtung der Kräfte des bürgerlichen Lagers nötig – oder der Wechsel zum postdemokratischen aufgeklärten Autoritarismus, der immer deutlicher an Boden gewinnt. Dabei gibt es ja konstante politische Leistungen, welche das Elitelager von ihrer Regierung verlangt: Konsolidierung, Solidität, Respekt und Autoritarismus (aber keine Innovation), also Schäuble. Soziale Integration, konservative Emanzipation, Innovationsfähigkeit, Kultur, also Leyen. Die Behandlung Leyens durch Merkel indizierte, was die Elitebefragung zeigt: Leyen ist die einzige wirkliche Konkurrentin Merkels – bald. Richtungspolitisch freilich unterscheidet sie sich nicht von deren zentristischem Neoliberalismus. Verliert Merkels Präsidentenkandidat, dann ist sie ein *lame duck*, der einzige Altersbeitrag Gaucks zum politischen Leben der Republik. Im CDU-Kandidatenfeld wird dann neben Leyen nur noch Guttenberg übrig geblieben sein, dessen Karriere zu schnell war, um letztlich schon die Reife einer Kanzlerschaft erreicht zu haben. Nicht auszuschließen ist natürlich, dass Merkel auch diese Krise ein weiteres Mal aussitzen kann. Doch läuft dies am Ende nur darauf hinaus, dass sich die politische Krise weiter verschärfen wird. Denn gerade Merkel steht dafür, dass keine relevanten Maßnahmen zum Abbau der Ursachen der Krise – also zu einem grundlegenden politischen Richtungswechsel – ergriffen werden, der auf ein neues Akkumulationsmodell zielt.

## PYRRHUSSIEGE ALS STRATEGISCHE ANTWORTEN

Die Verwandlung des Parteienfeldes in eine Polygyandrie führt offenbar auch dazu, dass strategische Festlegungen in den Eliten rar werden. Sie wissen selbst nicht mehr so recht, warum wer mit wem koalieren sollte. Der schiere record, die Erfolgsquote im Abarbeiten des eingeschlagenen Wegs scheint ziemlich viel zu zählen. Mit der Europapolitik sind die Eliten zufrieden, sagt Allensbach, mehr Sozialabbau wäre deshalb gut, aber Vertrauen müsse neu geschaffen werden. Mehr Autoritarismus in der Wirtschaftspolitik, aber Ratlosigkeit in der Verschuldungsfrage, die auf ihren kurzfristigen Nutzen, die Abstützung der Exportpolitik, reduziert wird. Steuersenkung, aber eine Politik zunehmender Verschuldung, neuer Schutzschirme und dann auch noch die Sparpolitik zwecks angeblicher Haushaltssanierung. Sicherung der politischen Stabilität, aber anhaltende Umverteilung von unten nach oben. Verteidigung von überkommenen Wirtschaftsstrukturen wie der Autoindustrie, aber Entfaltung von Innovationspotenzialen via Bildungsförderung. Getragen wird dies alles von einer illusionären Erwartung wirtschaftlichen Wachstums nach der Krise. Gegenwärtig scheinen die Eliten auch nicht klüger oder gar weniger chaotisch als ihre Regierungen. Aber selbst Vertretern der Wirtschaft schwant, dass die gegenwärtige Regierung dauerhaft zu einer Belastung des «sozialen Friedens» werden könnte, der bislang ein wesentlicher Standortfaktor der deutschen Wirtschaft war. Mithin entwickelt sich ein Bruch zwischen den Repräsentanten (den Parteifunktionären und dem parlamentarischen Apparat) auf der einen und der Wirtschaftselite auf der anderen Seite. Die Parteien, vor allem die gerade regierenden, sind nicht in der Lage, diese Widersprüche zu vermitteln.

Warum diese Entwicklung? Nicht, weil die internationale *Bourgeoisie* insgesamt in der Krise nicht ausreichend profitiert hätte, im Gegenteil: es geht hier nicht bloß um Geld, Kapital, Reichtum. Ein Blick auf den aktuellen Bericht der Boston Consulting Group «Global Wealth 2010 – Regaining Lost Ground» genügt als Beleg für diese Annahme. Es geht auch nicht um das, was diese globale Elite der Klassen politisch auszeichnet, nämlich Souveränität. Doch es gibt in der Zeit weiterwirkender Krisenmoränen deutliche Orientierungsunsicherheiten. Mit einigem Bedenken wird gesehen, wie die strategischen Fähigkeiten und Optionen der bürgerlichen Merkel-Regierung sich zersetzen und schrumpfen, weil sie die unterschiedlichen Strömungen nur noch mit viel Friktionen und Inkaufnahme von unerwarteten Fragmentierungen integrieren kann – und weil ihre muddling-through-Politik sich erschöpft. *Die Bourgeoisie stellt sozusagen die strategische Frage an die Regierung und diese antwortet nur zaghaft und diffus* – bestenfalls arbeitet sie an einer Antwort mit überraschend hohen Kosten. Der kurzzeitige Durchfall des Sozialpakets ist ja kein Resultat der Kämpfe der unteren Klassen, sondern der Mahnung wesentlicher Teile des Bürgertums, dieses zu verbinden mit einem langfristigen Konzept der Relegitimierung des Neoliberalismus – ähnlich, wie Obama, trotz allem, zeitweise den Bush-Militarismus liberal und daher legitim – fortsetzt! Der Zweifel, dass die bundesdeutsche «Administration» gleichsam nachholend ein solches Kunststück zaubert, dürfte berechtigt sein – erst recht, wenn im Herbst die absehbare Unruhe von unten die Blendkraft solcher Tricks deutlich beeinträchtigen dürfte.

## «KONSERVATIVER NEOLIBERALISMUS»

Die Diagnose, dass nach der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der neuen Runde der Staatsverschuldung und der Entwicklung des Euro die Krise vollends in der Politik, dem Staat und dem Volk angekommen sei, bedarf also der Präzisierung: die politische Krise hat den Regierungspart des herrschenden neoliberalen Blocks erfasst, der außerstande ist, dessen drei an diesem Regierungsgeschäft beteiligten Richtungen konsensual zu arrangieren: die autoritäre («Schäuble/Gauck»), sozialintegrative («Merkel/Leyen/Seehofer») und marktradikale («Westerwelle/Brüderle») Richtung. «Koalition kämpft ums Überleben» titelte die Financial Times Deutschland am 14. Juni 2010. Nach der Panik 2007/8, der Genugtuung 2009 werden nun Orientierungsungewissheit und markante strategische Unsicherheiten deutlich. Die Konflikte untereinander verschärfen sich weiter – das muss aber keineswegs als zwingendes Resultat den Zusammenbruch der schwarz-gelben Regierung bringen. Es zeigt sich vielmehr, dass hierzulande der herrschende Block noch keine deutliche Politik der Wendung zu einer weitreichenden Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus oder gar in Richtung auf eine postneoliberale Konstellation einleitet, sondern für eine Politik des autokratischen Lavierens, Abwartens und strategischen Offenhaltens optiert. Die Politik des «konservativen Neoliberalismus», der sich zäh gegen jede Modifikation, jeden Abbau neoliberaler Positionen und Institutionen und erst recht gegen jede «postneoliberale» Wendung richtet, dominiert gegenwärtig hierzulande weiterhin – und steht in einer Reihe wesentlicher Fragen in bemerkenswerter Konfrontation zu der Politik vor allem der US-Administration und Frankreichs. International häufen sich die Widersprüche zwischen der Merkel-Regierung und den anderen neoliberalen Hauptstaaten. In der Krise, die sich hierzulande im bürgerlichen politischen Lager in den letzten Monaten entwickelte, zeigen sich aber die großen Schwierigkeiten dieser Politik, die international unter Druck steht und im Inneren zunehmend außerstande ist, die unterschiedlichen Positionen und Richtungen in einem strategischen Konsens einzufangen. Im Moment kann die Linke wahlpolitisch und medial aus dieser Situation keinen unmittelbaren Nutzen ziehen. Aber das kommt noch.

Ich danke Lutz Brangsch, Alex Demirovic, Conny Hildebrandt, Michael Brie und Judith Dellheim für Kritik, Ergänzungen, Kommentare.

Prof. Rainer Rilling ist Stellvertretender Direktor und Referent für Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de)

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

## STANDPUNKTE 2010

01/2010

INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:  
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarz-gelber Forschungs- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik. Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCH ÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

15/2010

ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen

16/2010

JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam

17/2010

ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments: Jacob Zumas erstes Jahr im Amt als südafrikanischer Staatspräsident

18/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

19/2010

ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken

20/2010

HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel

21/2010

BÜROGEMEINSCHAFT NINE2FIVE: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren